Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Mittwoch, 12. Oktober 1921

Nummer 478 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, in barem zahlbar. Zur Nachzahlung nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die neungespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit
Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Teilung Oberschlesiens beschlossen

Der Plan des Völkerbundsrats

Paris, 12. Oktober.

Pertinax schreibt im „Echo de Paris", und der brasilianische Vertreter Da Cunha hat es dem Vertreter des „Matin" bestätigt, daß die Arbeit des Völkerbundsrates beendet ist. Nach Pertinax wird mit Ausnahme von Kattowitz und Königshütte das gesamte Industriegebiet Deutschland zugesprochen. Die wirtschaftliche Einheit soll durch eine internationale Kommission aufrechterhalten bleiben. Da Cunha erklärte dem Vertreter des „Matin": „Wir sind ruhig über die Wohlbegründetheit des Rates, den wir dem Obersten Rate gegeben haben. Wir sind sicher, die beste Lösung vorgeschlagen zu haben." Der „Petit Parisien" bestätigt die Meldung des „Echo de Paris" und erklärt, daß außer den Kreisen Pleß und Rybnik die Bezirke Kattowitz und Königshütte Polen zugesprochen werden und daß während einer Uebergangsperiode die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrechterhalten werden soll.

Paris, 12. Oktober.

Die meisten Blätter erklären heute vormittag, daß die Entscheidung in Genf gefallen ist und daß der Völkerbundsrat sie heute abend dem derzeitigen Vorsitzenden des Obersten Rates, Briand, mitteilen wird. Die Entscheidung des Völkerbundsrates wird morgen in Paris erwartet und jedenfalls Ende dieser Woche bekanntgegeben werden.

London, 12. Oktober.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, daß der Völkerbundsrat einen einstimmigen Beschluß gefaßt habe über die Lösung des oberschlesischen Problems, die den Alliierten anempfohlen würde: Gleiwitz, Hindenburg, Tarnowitz und Beuten würden Deutschland, Kattowitz und Königshütte Polen zugesprochen werden. Es verlaute, daß General Le Rond in Oberschlesien die Entscheidung 48 Stunden vorher mitgeteilt werden würde, damit er alle Maßnahmen treffen könne, die vielleicht notwendig seien, um etwaige Unruhen zu verhüten.

Deutsche Proteste in Paris und London

Das Depeschenbureau „Est Europe" meldet aus Paris:

Der deutsche Botschafter in London, Dr. Sthamer, und der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, entledigten sich gestern ihrer Aufträge auf dem Quai d'Orsay und im Foreign Office und legten Protest gegen eine Aufteilung des oberschlesischen Industriegebietes ein. Dem „Echo de Paris" zufolge führte Dr. Mayer aus, daß der Versailler Friedensvertrag die Teilung des oberschlesischen Gebietes nicht gestatte. Wenn aber dem Rechte Deutschlands Gewalt angetan werden sollte, könne das Kabinet Wirth nicht weiter in seiner versöhnlichen Haltung beharren, und das Abkommen von Wiesbaden, die Abrüstung usw. würden hinfällig werden. Dr. Mayer habe auch von der Möglichkeit einer Demission des Kanzlers gesprochen. Ueber die Besprechungen des deutschen Botschafters in London, Dr. Sthamers, mit Lord Curzon erfährt der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien", daß der deutsche Botschafter auf die Gefahr hingewiesen habe, die die Regierung Wirth laufe, wenn den gerechten Ansprüchen Deutschlands auf Oberschlesien nicht Genugtuung widerführe. Dem „Petit Parisien" zufolge hätte Lord Curzon die Unterredung kurz abgebrochen und dem deutschen Botschafter ohne Zweideutigkeit erklärt, daß die englische Regierung geduldig die Entscheidung des Völkerbundsrates erwarte und in dieser Angelegenheit nur eine Aufgabe kenne, nämlich die vollkommene Durchführung der Entscheidung in Gemeinschaft mit den Alliierten.

Pariser Pressestimmen

EE. Paris, 12. Oktober.

Die französische Morgenpresse mißt der Erregung Deutschlands wegen der bevorstehenden Entscheidung des Völkerbundes wenig Bedeutung bei, d. h. sie versucht, sie abzuschwächen, wenn nicht gar zu leugnen. Man gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß Deutschland mit der künstlich aufgepeitschten Erregung nichts anderes bezwecke, als noch im letzten Augenblick auf die Genfer Delegierten und die Alliierten Eindruck zu machen. Man erklärt übereinstimmend, daß diese Erpressungsversuche Deutschlands keinerlei Erfolg haben werden. Die Entscheidung des Völkerbundsrates müsse unbedingt durchgeführt werden. Aus London lassen sich die Zeitungen melden, daß man auch dort entschlossen sei, dem Beschluß des Völkerbundsrats Geltung zu verschaffen. Aber eine gewisse, im „Daily Chronicle" von dessen diplomatischen Korrespondenten erschienene Notiz muß doch den Anschein erwecken, als ob England von der Entscheidung des Völkerbundsrats nicht gerade sehr entzückt ist. Das Blatt Lloyd Georges erklärt, daß man eine Entscheidung wünsche, die Mitteleuropa vollkommen stabilisiert hätte, und dieser Satz läßt sich wohl nicht gut anders auslegen, als daß in London eine Entscheidung, die in Mitteleuropa zu neuen Unruhen führen würde, in England nicht gut wohlwollend entgegengenommen werden könnte.

Die französische Presse erklärt zur oberschlesischen Angelegenheit, daß für Deutschland keine Hoffnung bestehe, den bereits gefaßten Beschluß des Völkerbundsrates irgendwie noch in letzter Stunde beeinflussen zu können. Wenn die Regierung Wirth ihre Demission geben wolle, so würde man ihr in Paris nicht viel Tränen nachweinen. Denn sie beweise durch ihre Demission, wie das „Petit Journal" ausführt, daß sie entweder schwach sei oder aus Berechnung handle. Wenn das Kabinett Wirth nicht in der Lage wäre, jetzt die öffentliche Meinung in Deutschland so zu beeinflussen, daß sie die Entscheidung über Oberschlesien ruhig hinnehme, dann könnte man sich in Frankreich über das Verschwinden dieser Regierung trösten, weil man ihr wegen der Durchführung anderer eingegangener Verpflichtungen kein Vertrauen entgegenbringen könne. Das „Petit Journal" glaubt nicht, daß die Regierung Wirth wirklich so schwach sei, wie sie sich stelle. Der Kanzler und seine Kollegen wußten genau, daß Deutschland Oberschlesien nicht ganz würde erhalten können. Wenn sie sich jetzt in Klagen und Drohungen ergehen, wollen sie nur den Anschein erwecken, daß sie die deutsche Anschauung bis zu Ende verfechten. Durch Demissionsdrohungen hofften die Mitglieder der Regierung Wirth die Alliierten zu beunruhigen und sich dadurch den Beifall der Deutschen Volkspartei zu gewinnen. Der „Matin" gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Kabinett Wirth sehr wohl gewußt habe, daß Deutschland das oberschlesische Industriegebiet niemals ganz zufallen würde. Dennoch habe die Regierung Wirth in dieser Hinsicht im Volke unerfüllbare Hoffnungen genährt.

„Petit Parisien" erklärt, daß die Entscheidung über Oberschlesien allerdings in Deutschland Aufregung hervorrufen könnte, aber man müsse hoffen, daß die vernünftigen Mitglieder der Reichsregierung und des Reichstages Deutschland vor dem Hineingleiten in ein neues Abenteuer bewahren möchten. Denn auch eine Demission der Regierung Wirth würde den Genfer Urteilsspruch in nichts abändern können. Die deutschen Demokraten müßten dies wissen. Pertinax im „Echo de Paris" nimmt bereits als bestimmt an, daß mit Ausnahme von Kattowitz und Königshütte das ganze Industriegebiet Deutschland zufallen würde, außerdem würde die wirtschaftliche Einheit des Gebietes durch eine Kommission aufrechterhalten werden, woraus Pertinax den Schluß ziehen möchte, daß Deutschlands industrielle Herrschaft über die Gesamtheit dieses Gebietes weiterbestehen werde, und dadurch verliere die Grenzfestsetzung viel von ihrer Bedeutung.

Zurück zur Besinnung!

Die deutsche Regierung hat durch ihre Botschafter in London und Paris nochmals den Versuch gemacht, die deutsche Auffassung in der oberschlesischen Frage zur Geltung zu bringen. Die Botschafter werden wohl auf die schweren Folgen hingewiesen haben, die eine ungünstige Entscheidung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht haben müßte. Aber so sehr man auch wünschen muß, daß diese Schritte Erfolg hätten, so darf man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Aussichten dafür nur gering sind. Der französische Standpunkt ist bekannt. Die französische Regierung sucht aus machtpolitischen Erwägungen die Stellung Polens zu verstärken und wird diese Politik, die wohl durch bindende Verabredung mit Polen festgelegt ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht verlassen. Die englische Politik ist an einer Stärkung Polens nicht interessiert und widerstrebt der Teilung des oberschlesischen Industriegebiets und seiner Abtrennung von Deutschland aus triftigen wirtschaftlichen Gründen. Aber eben, um jedem Konflikt mit Frankreich aus dem Wege zu gehen, hat die englische Regierung zugestimmt, die Entscheidung der Frage dem Völkerbund zu überlassen und sich von vornherein dem Schiedsspruch zu unterwerfen erklärt. Sie wird jetzt nicht plötzlich ihren Standpunkt wieder ändern können.

Es muß also zunächst damit gerechnet werden, daß die Entscheidung feststeht und daß sie für Deutschland wenig günstig ist. Müssen wir uns deshalb der Verzweiflung überlassen, aufhören vernünftige und nüchterne Politik zu treiben und die Katastrophe, die durch die Annahme des Ultimatums vermieden worden ist, jetzt selbst herbeiführen helfen? Wenn die Feuilletonisten, die in Berlin leider auch die politischen Leitartikel schreiben, die Nerven verlieren und die demokratischen Minister wieder einmal sich der Verantwortung entziehen wollen, ist das ein Grund, das deutsche Schicksal in Gefahr zu bringen?

Wir haben bereits gesagt, daß die Entscheidung des Völkerbundes, wenn die Berichte auf Wahrheit beruhen, sich als praktisch undurchführbar erweisen wird. Der deutschen Regierung würde dann die Aufgabe gestellt sein, mit allen Mitteln auf eine Aenderung dieser unmöglichen Entscheidung hinzuwirken. Sie müßte alle Anstrengungen machen, um an Stelle von Bestimmungen, die Deutschland schweren Schaden, aber auch Polen keinen Nutzen bringen, auf dem Wege direkter Verhandlungen mit allen interessierten Mächten Aenderungen zu erreichen, die für Deutschland wenigstens erträglich sind.

Das ist in Wirklichkeit der einzig gangbare Weg. Statt dessen aber wird wiederum eine reine Gefühls- und Stimmungspolitik propagiert, eine Politik aus dem Zorn und der Entrüstung heraus, die nur alles verderben und nichts retten könnte. Es sind zum Teil dieselben demokratischen Politiker, die seit der Annahme des Ultimatums wiederholt darauf hingewiesen haben, daß ohne diesen Schritt nicht nur Oberschlesien, sondern auch das Ruhrgebiet verloren wären, die heute wieder eine Politik befürworten, die alles in Frage stellt. Glaubt man wirklich, daß mit der Demission einer Regierung heute ein wesentlicher Druck auf das Ausland ausgeübt werden könnte? Oder meint man, daß eine Regierung Helfferich-Stresemann dem deutschen Volke wiedergewinnen könnte, was der verlorene Krieg ihm gekostet hat?

Aus all diesen Gründen muß nochmals mit allem Nachdruck Protest dagegen erhoben werden, daß über das Schicksal des Ministeriums ohne Befragen des Reichstags entschieden wird. Nur der Reichstag kann Klarheit darüber schaffen, ob die bisherige Politik verlassen und welche neue Politik einzuschlagen wäre. Der Sinn des parlamentarischen Systems ist die Uebernahme der politischen Verantwortung durch die Parteien. Die kann ihnen nicht abgenommen werden von ihren Beauftragten, den Ministern. Der Reichstag muß vor die Frage gestellt werden, ob nicht gerade dann, wenn eine ungünstige Entscheidung über Oberschlesien erfolgt ist, es notwendig ist, eine Politik zu führen, die mit den realen Gegebenheiten, den wirklichen Machtverhältnissen und dem Zwang, den der verlorene Krieg über Deutschland gebracht hat, nüchtern rechnet oder ob eine Politik der Verzweiflung uns aus dem Elend rascher herausführen könnte.

Wir verstehen, daß das Kabinett Wirth, nachdem die Entscheidung endgültig feststehen wird, die Verantwortung nicht allein übernehmen kann. Dann muß eben der Reichstag zusammentreten und sein Urteil angerufen werden.

Wer deutschnational wählt,

fördert die Mörderpartei, die Reaktion, den Monarchismus und den Antisemitismus. Er schützt die Brotverteuerer und Lebensmittelwucherer, die Schuldigen an dem Finanzelend, die Kriegshetzer und Kriegsverlängerer.

Wer Deutsche Volkspartei wählt,

beschützt die Interessen des Geldsacks, sorgt für die Steuerscheuen und Steuerhinterzieher, fördert das wüste Treiben der Spekulanten aller Art, die aus der Not des Volkes riesige Gewinne ziehen. Er erleichtert die Absichten der industriellen Scharfmacher, die trotz der Preissteigerungen den Lohnabbau erstreben und den Achtstundentag beseitigen wollen.

Wer demokratisch wählt,

entscheidet sich für die Grundsatzlosigkeit. Die Demokraten sind in ihren Worten scheinbar fortschrittlich, in Wirklichkeit aber überall die Förderer der schärfsten Reaktion. In Bayern, in Sachsen, Thüringen und Lübeck, überall kämpfen sie Hand in Hand mit den Deutschnationalen gegen die Arbeiterklasse. Auch in Berlin wollen sie die Einheitsfront mit den Deutschnationalen herstellen. Sie sind die schärfsten Bekämpfer der Besitzsteuer. Wucher und Ausbeutungsfreiheit sind ihre vornehmsten Ziele.

Auch Zentrum und Wirtschaftspartei

haben ihre Front ausschließlich gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Wer sich für sie entscheidet, versündigt sich an seinen eigenen Interessen.

Die Rechtssozialisten

haben durch den Görlitzer Beschluß die grundsätzliche Bereitwilligkeit selbst zur Zusammenarbeit mit der Stinnespartei erklärt. In der Kommune, wo es ganz besonders unmittelbare Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung gegen das Bürgertum zu vertreten gilt, wird dieser Standpunkt für die Arbeiterklasse außerordentlich schädlich sein und hat sich in der Arbeiterpolitik der SPD.-Berlin bereits in diesem Sinne ausgewirkt.

Die Kommunisten

halten sich auch in der Kommune von jeder praktischen Arbeit für die arbeitende Bevölkerung fern. Sie lassen sich zwar ins Parlament wählen, stören aber praktisch durch ihre Radaupolitik jede Verhandlung und tun sich lediglich durch demonstrative Anträge hervor, von deren Undurchführbarkeit sie selbst überzeugt sind, und die die Aufbauarbeit schädigen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie

aber ist die entschiedenste Gegnerin der bürgerlichen Parteien. Sie vertritt nur die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Sie will Erleichterung in deren schweren Dasein schaffen.

Wählt deshalb nur die Liste der USPD.

Eine Fünfminutensitzung

Der Preußische Landtag vertagt sich

Die heutige Sitzung des Preußischen Landtags dauerte gerade fünf Minuten. Aber diese kurze Zeit genügte der deutschen Bourgeoisie, um aufs neue Beweis zu zeigen daß sie nichts gelernt, daß sie immer vor der eigenen Kurage Angst hat, und ihre Erkenntnis immer erst dann kommt, wenn es zu spät ist. Auf der Tagesordnung standen **zwei Interpellationen der Rechtssozialisten über die Personal-Politik des Ministers Dominicus.** In der Debatte wäre die ganze reaktionäre Politik dieses Ministers zur Erörterung gelangt, insbesondere auch im Hinblick auf seine **Haltung zur schlesischen Orgesch.** Die Bedeutung einer Aussprache darüber gerade in diesem Augenblick liegt auf der Hand. Die ganze Welt blickt auf die Entscheidung über Oberschlesien. Gerüchte durchschwirren die politischen Kreise, und das deutsche Volk darf abwarten, was getan wird. Noch ist das Ergebnis nicht genau bekannt; jetzt müßte aber zum Ausdruck kommen, daß das neue Deutschland auf Gerechtigkeit Anspruch erhebt, weil es selbst von dem Gedanken des Rechts geleitet wird. **Ein klares Abrücken von den reaktionären Treibereien** hätte nach außen hin nur im Sinne der Republik wirken können. Trotzdem beantragten die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die Interpellation im Hinblick auf die zu erwartende Entscheidung in Oberschlesien **von der Tagesordnung abzusetzen.** Der Abgeordnete Braun von den Rechtssozialisten und Genosse Leid von der Fraktion der Unabhängigen protestierten dagegen. Das Haus beschloß aber mit Mehrheit, die Absetzung und vertagte sich auf morgen.

Der Präsident schlug vor, **auch morgen die Interpellationen nicht auf die Tagesordnung zu setzen.** Minister Dominicus markierte den starken Mann und tat so, als ob er nichts zu befürchten hätte. Er sagte, die Interpellationen könnten morgen ohne weiteres zur Sprache kommen. Nachdem wiederum die Abgeordneten Braun für die Rechtssozialisten und Leid für die Unabhängige Fraktion beantragt hatten, die Interpellationen für die morgige Sitzung als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, erfolgte eine Abstimmung durch Hammelsprung. Sie ergab **154 Stimmen für die Absetzung, 118 dagegen.**

Weitere Sitzung des Kabinetts

Das Kabinett hat in den Vormittagsstunden bis 12 Uhr getagt und wird nach einer Pause seine Beratungen fortsetzen. Da immer noch keine authentischen Nachrichten über die Entscheidung der „großen Vier" eingetroffen sind, konnte auch ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt werden. Die Regierung dementiert die immer verläßlicher werdenden Nachrichten über Unstimmigkeiten zwischen den Ministern, aber schon die langen Sitzungen des Kabinetts lassen dieses Dementi zweifelhaft erscheinen.

Anklagen gegen Dominicus

Die rechtssozialistische „Königsberger Volkszeitung" veröffentlicht unter der Ueberschrift „Herr Minister Dominicus, wir klagen Sie an", aufsehenerregendes Anklagematerial gegen Dominicus, in welchem diesem der Vorwurf stillschweigender Duldung der Selbstschutzorganisationen in Ostpreußen gemacht wird. Es wird darin behauptet, daß in Ostpreußen noch umfangreiche Waffenlager vorhanden sind, die vom Ostdeutschen Heimatbund versteckt seien und von denen Minister Dominicus Kenntnis habe. Es seien Waffenlager gefunden worden, die bis zu 200 schwere Maschinengewehre umfassen. Wenn die aufgefundenen Waffen der Behörde übergeben wurden, dann lieferte die Behörde die Waffen der Reichstreuhandgesellschaft aus. Bei der Reichstreuhandgesellschaft verschwanden sie und landeten dann wieder beim Ostdeutschen Heimatbund. In dieser Woche seien von der Ententekommission sechs schwere Geschütze ermittelt und beschlagnahmt worden. Vom Polizeipräsidenten wird restlose Aufklärung über alle bisher beschlagnahmten Waffen verlangt. Die „Volkszeitung" behauptet, den Nachweis führen zu können, daß der Ostdeutsche Heimatbund durch Vermittlung einer Berliner Zentralstelle in Verbindung mit Escherich und seiner Orgesch stehe.

Das hier aufgedeckte Treiben der ostpreußischen Selbstschutzorganisation steht offenbar im engsten Zusammenhang mit den Rüstungen der ostpreußischen Reaktionäre unter Führung des Freiherrn von Gayl, über die wir in der heutigen Morgenausgabe einige Mitteilungen gemacht haben. Daß Herr Dominicus diesem verbrecherischen Treiben Vorschub geleistet hat, wundert uns nicht. Dieser Orgesch-Demokrat ist schon längst reif dafür, als Ehrenmitglied in die Deutschnationale Volkspartei aufgenommen zu werden.

Italienischer Sozialistenkongreß

Am Montag wurde in Mailand der 18. Kongreß der italienischen Sozialistischen Partei eröffnet. Nach einer Begrüßungsrede des Parteisekretärs Bacci, der sich für den Zusammenhalt der Partei einsetzte, wurde einem Vertreter der Kommunistischen Partei Frankreichs das Wort erteilt, der seine Begrüßungsrede dazu ausnutzte, um heftige Angriffe gegen den rechten Flügel der Partei zu richten. Dieses unkorrekte Vorgehen rief eine starke Erregung bei einem großen Teil der Delegierten hervor, die in Zwischenrufen ihre kritische Stellung zur französischen Kommunistischen Partei zum Ausdruck brachten. — In der Nachmittagssitzung erstattete Bacci den Tätigkeitsbericht der Parteileitung, worauf die Sitzung auf Dienstag vertagt wurde.

(J.) **Mailand,** 12. Oktober.

Der erste Redner in der heutigen Vormittagssitzung, der Maximalist Baratono, erklärte, die Reformisten hätten ein Problem gestellt, das ein für allemal gelöst werden müßte, und zwar das Problem der Beteiligung der sozialistischen Partei an der Regierung. Er stelle fest, daß die Reformisten bei der Wahlpropaganda noch gegen eine solche Beteiligung waren, wenigstens hätten sie damals so gesprochen. Dagegen scheinen sie heute für eine Beteiligung an der Regierung zu sein. Es werde den Maximalisten vorgeworfen, daß sie nur in der Theorie gegen ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien seien, in der Praxis aber nicht. Man müsse logisch sein. Man müsse unterscheiden zwischen der Beteiligung an der Regierungsarbeit, um die Geschäfte des kapitalistischen Staates zu besorgen, und zwischen den Unterhandlungen mit der bürgerlichen Regierung im Interesse der Arbeitermassen. Dies letztere bedeute keine Verletzung des gegen die Mitarbeit an der Regierung gerichteten Prinzips.

Hierauf nahm die Delegierte der K. P. D. und der kommunistischen Internationale Klara Zetkin das Wort, die von der Galerie lebhaft begrüßt wurde. Die reformistische Fraktion verhielt sich reserviert. Sie erinnert an die würdige Vergangenheit der Sozialistischen Partei Italiens während des Krieges, an Zimmerwald und den Anschluß an die dritte Internationale. In allen Ländern, wo Sozialisten an der Regierung teilgenommen haben, wurde der revolutionäre Geist ertötet. Beispiele dafür seien Belgien, und vor allem Deutschland. Sie bitte um Annahme der Moskauer Bedingungen und den Ausschluß der Reformisten. Die Partei müsse wählen zwischen Marx und Briand und anderenteils zwischen Kautsky und Lenin. Sie schloß mit einem Hoch auf das revolutionäre Proletariat Italiens.

Der Reformist Treves drückte seine Bewunderung für Klara Zetkin aus und polemisierte hierauf gegen seine Vorrednerin. Er führte aus, daß der Grund der mißlichen Verhältnisse des italienischen Proletariats in der Spaltung von Livorno zu suchen sei. Um den Faszismus zu bekämpfen, gäbe es nur ein Mittel: die Proletariermassen zu bewegen, sich an der Regierung zu beteiligen. Auch Lazzari hätte in Livorno noch für die Einheitsfront gesprochen und betreibe jetzt die Propaganda für den Ausschluß der Reformisten.

Als nächster Redner sprach Lazzari, der gegen Treves polemisierte und erklärte, er sei niemals für die Teilnahme an der bürgerlichen Regierung gewesen. Wenn er heute für den Ausschluß der Reformisten sei, so deshalb, weil man ohne Parteidisziplin nicht arbeiten könne und die Reformisten diese Parteidisziplin nicht halten. Wie wir in Rußland waren, haben uns die russischen Genossen in vielem die Augen geöffnet. Er schließt unter Beifall mit dem Appell an den Kongreß, falls er die Revolution wolle, unbedingt die Reformisten auszuschließen. Dann wird die Sitzung vertagt.

Druckfehlerberichtigung. In dem Leitartikel unserer heutigen Morgenausgabe muß es im 3. Absatz statt Polenprovinz und Polenstaat heißen Kohlenprovinz und Kohlenstaat.

Verminderung des französischen Heeres. Nach der „Chicago Tribune" ist seit dem Monat Mai durch Beurlaubungen von längerer Dauer und durch Entlassungen von 80 000 Mann, die zur Besetzung des Ruhrgebietes bestimmt waren, die französische Armee gegen den heftigen Widerstand des Generalstabes **von 800 000 auf 500 000 Mann herabgesetzt worden.**

Die Zentrale der österreichischen Monarchisten

(J.) **Wien,** 12. Oktober.

Die „Arbeiterzeitung" setzt ihre Enthüllungen unter dem Titel „Schwarzgelbe Stützpunkte in republikanischen Aemtern" fort. Sie deckt die Tätigkeit der Grazer Landesregierung und des steierischen Landesgendarmeriekommandos auf, die die entscheidenden Stützpunkte der karlistischen Reaktion sind. Auf ihr Konto ist der Fürstenfelder Waffenraub und der Ueberfall auf das Waffenlager in Fehring zu buchen. Diese Leute, deren Haupt der Landeshauptmann-Stellvertreter von Steiermark, der christlichsoziale Ahrer, ist, hätten ihre Haupttätigkeit darin gesehen, die Heimwehren von den Deutschnationalen zu reinigen, um so reinkarlistische Formationen zu bilden.

Säuberung der öffentlichen Aemter von den Monarchisten

(J.) **Wien** 12. Oktober.

Grazer „Arbeiterwille" veröffentlicht analog der Wiener „Arbeiterzeitung" eine Liste der steirischen Monarchisten und erklärt, daß die sozialistische Partei alle Kräfte aufwenden werde, um jene Personen, die in öffentlichen Aemtern untergebracht sind, sofort aus diesen zu entfernen.

Monarchistische Umtriebe in Südslawien

RP. **Belgrad,** 10. Oktober.

Die hiesige „Politika" meldet, daß der bekannte russische General Kommissarow mit seiner Gattin über Bulgarien nach Sowjetrußland ausgewiesen ist. General Kommissarow soll mit den deutschen monarchistischen Kreisen in naher Verbindung gestanden haben und in Belgrad für ein Zusammengehen der russischen Monarchisten mit den deutschen agitiert haben. Er soll Instruktionen von seinen Anhängern aus Berlin und Budapest erhalten haben.

Ein internationaler Dreiverband

Utd. Tel. **London,** 12. Oktober

Neben der Abrüstungskonferenz in Washington soll nach einem Beschluß der Nationalen Vereinigung der englischen Gewerkschaften ein **internationaler Gewerkschaftskongreß** laufen. Die englische Gewerkschaftsvereinigung hat beschlossen, einen **Spezialkongreß der Gewerkschaften der Transportarbeiter, der Grubenarbeiter und der Metallarbeiter aller Staaten der Welt** einzuberufen. Nach Aeußerungen des bekannten englischen Arbeiterführers Robert Williams, soll diese internationale Arbeiterkonferenz einen internationalen Dreiverband begründen. In einer Auslassung einem Berichterstatter gegenüber sprach er die Befürchtung aus, daß die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz den gleichen Wert haben würden, wie die der Haager Friedenskonferenz, d. h., daß sie ebensowenig geachtet würden, wie die vom Haag. Die internationale Arbeiterkonferenz soll einen **Appell an sämtliche Arbeiter der Erde** richten, in denen diese **zum Kampf gegen den Kapitalismus** aufgefordert werden sollen. Die Arbeiter sollen in Zukunft nicht mehr Munition und Kriegsmaterial herstellen und transportieren, sondern vielmehr mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf einen dauernden Frieden hinwirken.

Zur Stellungnahme der Leipziger Parteigenossen. In Nr. 47! der „Freiheit" wurde über die Stellungnahme der Leipziger Parteigenossen zur Regierungsbildung berichtet. In der Formulierung dieses Berichts ist ein sinnentstellender Fehler unterlaufen insofern darin zum Ausdruck kommt, daß Genosse Block Zustimmung erntete, als er ausführte, daß Situationen eintreten können, wo wir auch mit bürgerlichen Parteien in die Regierung gehen müßten. Richtig muß es vielmehr heißen, daß Gen. Seger die Zustimmung der Versammlung fand. Dessen Meinung, wie die der Parteigenossen ging dahin, daß das Zusammenarbeiten mit den Vertretern bürgerlicher Parteien in einer Regierung unmöglich ist. Dies kam in einer Resolution zum Ausdruck gebracht wurde.

Noch ein Zeitungsverbot in Bayern. Das christlich-soziale „Neue Volk" in Würzburg wurde von der Kreisregierung von Unterfranken wegen eines Artikels „Neuer Kurs in Bayern" auf acht Tage verboten.

Explosionsunglück in einem Autobetrieb. Bei einer Explosion im Apollo-Werk zu Pößnitz (Thür.), wurde eine Kranführerin **getötet,** zwei Arbeiter wurden schwer und eine Anzahl leichter verletzt.

Frauenbildung und Wirtschaftsreform

Der Bund der entschiedenen Schulreformer hatte vom 30. September bis zum 2. Oktober in der Lankwitzer Gemeindefesthalle eine Tagung für Wirtschaftsreform und Frauenbildung einberufen. (Die Leitsätze der sehr zahlreichen Referate sind in der Sondernummer der Zeitschrift „Die neue Erziehung" (Verlag C. A. Schwetschke & Sohn, Berlin W 30) nachzulesen.) Eingeleitet wurde die Tagung mit einer stark besuchten Volksversammlung am 30. September im Friedrich Wilhelms-Gymnasium. Als erster Redner ging Professor Oesterreich der alten Familie zuleibe, die, nach seiner Meinung, sich bereits überlebt hat und nur zur Tyrannin der Persönlichkeit geworden ist. Die Erziehung kann sie nicht mehr leisten. Es wird ein Stück Tätigkeit nach dem anderen aus der Familie herausgerissen und in das Soziale übernommen. So wird sie bloß zu einem durch Blutsverwandtschaft zusammengehaltenem Komplex. Dieser Begrenztheit muß sie sich erst bewußt werden, um dann in ihrer neuen Gestalt zur Stätte edler geistiger Gemeinschaft in den Feierstunden zu werden. Mit einer treffenden und sympathischen Schilderung der Mädchenjugend durch Lisa Albrecht und mit einem Appell zu neuer Religiosität der zu innerer Vervollkommnung strebenden Persönlichkeit von Karl Mennicke fand die Volksversammlung ihren Abschluß.

Der Morgen des 1. Oktober war in Lankwitz von dem Vortrag Anna Siemsens über „Die wirtschaftliche und geistige Zeitnotwendigkeit in der Frauenbildung", Alexander Rüstows über „Die weltgeschichtliche Aufgabe der Frau" und Ilse Müller-Oesterreichs über „Die Erziehung der Frau zu wirtschaftlichen Funktionen" ausgefüllt. Es sollen die wissenschaftlichen Grundlagen der Frauenerziehung gegeben werden. Die Tagung wird hier auf ihren Grundton abgestimmt. Durch die Entwicklung des Kapitalismus wurde die Frau aus der Familie in die Produktion hinausgerissen und dem Manne gleichgestellt. So entstand eine doppelte Belastung der Frau, der ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter geblieben waren. Wenn es auch kein Zurück gibt, so muß das organische Gleichgewicht beider Geschlechter hergestellt und dem weiblichen die Möglichkeit gegeben werden, seiner tiefsten Eigenart gemäß sich in die Gemeinschaft einzugliedern.

Der Nachmittag war dem Problem der Wirtschaftsreform gewidmet. Helene Simon setzt sich in ihrem Referat „Beruf und Persönlichkeit" für den Gedanken der Andersartigkeit der Frau und für die aus dieser Andersartigkeit entspringenden Unterschiede und Besonderheiten ihrer Berufseignung ein. Klara Bohm-Schuch („Beruf und Mutterschaft") forderte, daß das Recht der Frau auf die Mutterschaft sich mit dem Beruf harmonisch vereinen könne. Wenn auch der Sozialismus erst die endgültige Entscheidung bringen könne, so ist doch durch konsequent durchgeführte soziale Gesetzgebung schon manches heute zu erreichen. Irene Witte versuchte praktische Wege zu weisen, die der Hausfrau eine Erlösung bringen könnten durch Entlastung des Einzelhaushalts. Es handelte sich um eine Dezentralisierung des Einzelhauses zugunsten einer Zentralisierung der einzelnen Funktion, allerdings unter Wahrung der Interessen der Einzelfamilie. Sie sprach den Einküchenhäusern das Wort.

Die äußerst lebhafte Debatte beschränkte sich nicht nur auf die in den Referaten angeschnittenen Themen, sondern griff auch über zu den großen Problemen der Bedeutung der Mutterschaft für die geistige Entwicklung der Frau, der unehelichen Mütter und Kinder, des Gebärzwanges, der Tragik des Ueberschusses an Frauen (laut Statistik 2 700 000). So wurde gefordert, daß die uneheliche Mütter evtl. in Gemeinschaftshäuser eingegliedert werden sollen. Einmütig wurde die unwürdige Haltung der Frau, auch leider mancher proletarischen, gegenüber der unehelichen Mutter gegeißelt.

Die Morgenstunden des 2. Oktober brachten das Thema „Familie und Schule". Als erste versuchte Margarete Hoffmann-Müller eine Theorie des harmonischen Zusammenarbeitens von Gemeinschaft und Familie an der sozialen Erziehung des Kindes aufzubauen. Die Familie, die bis jetzt die Gemeinschaft nur für sich ausnutzen wollte, muß nun zur Dienerin der Gemeinschaft werden, zur Stätte der freiesten und individuellsten Erziehung. Dazu ist die wirtschaftliche Befreiung der Frau im Haushalt und die Erziehung des jungen Mädchens zum Gemeinschaftsbewußtsein nötig. Dann wird die Bedeutung der Mutter für die moralische und intellektuelle Erziehung des Kindes zu ihrem Rechte kommen. Zusammenfassend versuchte Kawerau ein Gesamtbild der Entwicklung der Frauenbildung zu geben und ein Zukunftsbild der neuen Lebensschule als Produktionsschule zu entwerfen. An Stelle der Nachäfferei der Männerbildung, die in der bürgerlichen Frauenschule ihren Ausdruck fand, muß die Produktionsschule treten, die die Frau als Mutter, Hausfrau, Berufsgenossin und als Liebende pflegt. Erst, nachdem die Gleichheit der Frau errungen ist, kann ihrer Andersartigkeit zum Siege verholfen werden. Mit energischen Worten wandte sich Olga Essig gegen die heutigen Fortbildungsschulen, die nichts anderes als eine Drillanstalt des Kapitalismus sind. Als wahre Arbeitsschule müßten sie, alle schulentlassenen Mädchen umfassend, sich an die Grundschule angliedern und durch Anschauungsunterricht die soziologischen, ökonomischen, politischen und technologischen Probleme aufdecken. Eine Trennung von Knaben und Mädchen ist unangebracht. Der Mangel an entsprechenden pädagogischen Kräften müßte durch Umgestaltung der Lehrerseminare behoben werden. Diese scharfe Kritik an der heutigen Fortbildungsschule rief die nicht weniger scharfe Entgegnung einer Vertreterin des Ministeriums hervor.

In der Nachmittagssitzung sollten nun die Beziehung von Körper und Seele beleuchtet werden. Hart faßt das Problem der Sexualität Lydia Stöcker an. Sie bespricht an Hand der neuesten Forschungen über die Sexualität des Kindes die Folgen der falschen Einstellung der Eltern den Kindern gegenüber und folgert aus der Tatsache der Bisexualität das Irrtümliche in der künstlichen Trennung der Geschlechter. Die Aufgabe der Lehrer liegt nicht so sehr in dem Aufklärungsunterricht, als in der Befreiung des heranwachsenden Mädchens von dem Minderwertigkeitsgefühl gegenüber den Knaben. Ein entwickeltes höchstes Verantwortlichkeitsgefühl würde den Weg zu höheren Formen der Erotik bahnen. Energisch vertritt Lydia Stöcker den Gedanken der Bedeutung der Lehrerin-Mutter und in schlagenden Worten wandte sie sich gegen die Praxis, die man gegen heiratende Lehrerinnen anwendet und die zur physischen und seelischen Verkümmerung der Berufslehrerin führt.

Um das Fazit dieser anregenden Tagung zu ziehen, muß gesagt werden, daß, wenn sie auch an Positivem wenig geleistet hat, wenn sie auch viel Unfertiges ans Tageslicht gefördert hat und auch oft Ansichten wichtiger Probleme einander schroff gegenüberstanden, so wurde doch für die Lehrer und in erster Linie für den sozialistischen Lehrer eine Fülle von Anregungen geboten. Abgesehen von einigen Vorträgen, die sich in den Gedankengängen der bürgerlichen Ideologie bewegten, trugen sie sonst den Stempel eines wahrhaftigen Sozialismus. So konnte Professor Oesterreich in seinem Schlußwort sagen, daß die Tagung doch einen Versuch zur Lösung der Fragen darstellte, ein Pochen des Werdens. Sie wird den sozialistischen und wahrhaft demokratischen Lehrern ein Ansporn in ihrem Kampfe für die Schule des Volkes werden.

L. R.

Der Sprechchor der Proletarischen Feierstunden hält morgen Donnerstag abends 7 Uhr seine Uebungsstunde in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstraße, ab. Alle Mitwirkenden mögen pünktlich kommen. Neuaufnahmen von kunstfreudigen Genossen und Genossinnen finden gleichzeitig statt.

Die neue Nummer der „Freien Welt" erscheint aus technischen Gründen erst Freitag früh.

Tages-Notizen

In der Volksbühne (Theater am Bülowplatz) ist „König Lear" mit Friedrich Kayßler in Vorbereitung. Regie: Jürgen Fehling.

Das Blüthner-Orchester veranstaltet Mittwoch, 7½ Uhr, in der Brauerei Friedrichshain einen Tschaikowsky-Abend. Karten 3 M.

Einen Wilhelm-Raabe-Abend veranstaltet Friedrich Moest Sonnabend, 7½ Uhr, zur Nachfeier von Raabes neunzigsten Geburtstag im Saal der Reichert'schen Hochschule, Fasanenstr. 38.

Lela Treu-Gläßinger, die unseren Genossen aus zahlreichen Arbeiterkonzerten bekannte Cellovirtuosin, hat im Wettbewerb dieses Jahres das Staatsstipendium für ausübende Tonkünstler (I. Preis der Mendelssohn-Bartholdy-Stiftung) von dem Kuratorium unter Vorsitz von Prof. Franz Schreker erhalten.

Der 16. Oktober ist ein Schicksalstag!

Die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins stimmt für die Liste der USP.

Der 16. Oktober

ist ein Schicksalstag Groß-Berlins. Die arbeitende Bevölkerung hat an diesem Tage ein Stück Klassenkampf durchzukämpfen. Der bürgerliche Ansturm muß an dem eisernen Willen des arbeitenden Volkes, mit seinen Lebensinteressen nicht Schindluder treiben zu lassen, zusammenbrechen. Der Sieg der Arbeiterschaft hängt aber von der

restlosen Erfüllung der Wahlpflicht

ab. Jeder Stimmberechtigte muß wählen! Jeder Nichtwähler unterstützt das Bürgertum! Für rechtzeitige Stimmabgabe aber muß beachtet werden, daß die Wahlzeit

nur bis 5 Uhr nachmittags

bemessen ist. Geht deshalb rechtzeitig an die Wahlurne! Jede Stimme für die Liste der

Unabhängigen Sozialdemokratie!

Bürgerliche Denkart

Die Deutsche Volkspartei stellt sich dumm!

Den bürgerlichen Parteien ist die Feststellung unangenehm, daß durch sie nahezu drei Millionen städtischer Gelder verschleudert werden für höhere Beamte, die aus dem Dienste der Stadt ausgeschieden sind. Weil wir die Tatsache, daß eine ganze Reihe solcher Beamter sich ihre Gehälter weiter zahlen lassen, obwohl sie sich bereits wieder in gutbezahlten Stellungen befinden und ihnen die finanzielle Notlage der Gemeinde sehr gut bekannt ist, als „bürgerliche Mißwirtschaft" bezeichnet haben, greift man von bürgerlicher Seite zu dem beliebten Mittel, den eigenen Anhängern und der unaufgeklärten Bevölkerung nur die Hälfte der Sache mitzuteilen und so aus der Feststellung einer Tatsache eine „sozialistische Verdrehung" zu machen.

Dieser bürgerlichen Ausrede gegenüber wollen wir noch einmal die von uns behandelten Tatsachen feststellen. Während die bürgerlichen Parteien verlangen, daß **überflüssige Arbeiter und Angestellte** rücksichtslos und ohne jede Entschädigung auf die Straße geworfen werden, haben dieselben bürgerlichen Parteien durch das Eingemeindungsgesetz dafür gesorgt, daß den **höheren Beamten** für die Dauer ihrer Wahlzeit ihre hohen Gehälter weitergezahlt werden ohne Rücksicht darauf, ob sie inzwischen in andere bezahlte Stellungen eingetreten sind oder nicht.

Wir hatten zwei Fälle angeführt, als Beispiel, unter anderm den des Stadtbaurats Elkart-Spandau. Dieser Herr ist inzwischen bei den Märkischen Heimstätten angestellt worden mit einem Gehalt von 60 000 M. Trotzdem bekommt er sein Gehalt als Stadtbaurat nach wie vor. Dazu kommt aber noch, daß diese Leute auf die Gehälter, die sie, als sie arbeiteten, bezogen haben, jetzt, wo sie nicht arbeiten, auch noch die erhöhten Teuerungszuschläge erhalten.

Das sind die Tatsachen. Alle bürgerlichen Erwiderungen schaffen sie nicht aus der Welt. Diese Fürsorge für höhere Beamte gehört eben doch zu dem Kapitel bürgerlicher Mißwirtschaft. Das sollten auch diejenigen Beamten, die sich einer solchen Fürsorge nicht erfreuen, erkennen und am 16. Oktober die Liste der U. S. P. wählen.

Die neueste Wahllüge

Wie verzweifelt die Stellung der bürgerlichen Parteien und ihre Wahlaussichten sind, geht daraus hervor, daß diese Parteien ganz verzweifelt lügen. Der neueste Schwindel soll offenbar besonders die Bewohner der Außenbezirke veranlassen, bürgerliche Parteien zu wählen. Die „Vossische Zeitung" und „Morgenpost" wissen zu berichten, daß der Magistrat beabsichtige, die Hundesteuer von 200 auf 500 M. zu erhöhen. Das ist natürlich unzutreffend.

Dabei lügen diese bürgerlichen Organe gleich so grob, daß sie die Hundesteuer, die vor dem Kriege bezahlt wurde, auf 4 M. herabsetzen, während doch jeder Mensch in Berlin weiß, daß vom 1. April 1911 an die Hundesteuer 30 M. betrug. Es heißt denn doch zu sehr auf die Vergeßlichkeit der Berliner Bevölkerung zu spekulieren und das geistige Niveau der Wählerschaft allzu tief einschätzen, wenn man solchen aufgelegten Schwindel als Wahlpropaganda benutzt.

Bodenreformer und Stadtverordnetenwahlen

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Bundes deutscher Bodenreformer versendet ein Wahlprogramm, in dem die Forderungen der Bodenreformer wiedergegeben werden. Die Bodenreformer berufen sich darin auf Artikel 155 der Reichsverfassung, wonach jedem Deutschen und seiner Familie eine gesunde Wohnung versprochen wird und „die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- und Kapitalsaufwendung auf das Grundstück entsteht, für die Gesamtheit nutzbar" gemacht werden soll. Es wird eine Belebung der Bautätigkeit und damit produktive Erwerbslosenfürsorge gefordert, es wird weiter verlangt, daß die Bebauungspläne und Bauordnungen den neuzeitlichen Bedürfnissen angepaßt und auch die Baupolizeivorschriften entsprechend geändert werden. Weiter fordern die Bodenreformer Ankaufs- und Enteignungsrecht für die Stadtgemeinde und eine großzügige Verkehrspolitik, die das Siedlungswesen in der Umgebung Groß-Berlins zu fördern geeignet ist. Zur Finanzfrage wird die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert unter Abbau der Steuern auf Gebäude und private Bodenverbesserungen und die Wertzuwachssteuer gefordert.

Diese Forderungen der Bodenreformer sind nach ihrem wesentlichen Inhalt bereits durch die Unabhängige Sozialdemokratie vertreten worden, und zwar in dem Programm zur städtischen Siedlungs- und Wohnungspolitik, das gemeinsam mit der S. P. D., in Form eines Antrages, in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht wurde. Wir stimmen deshalb auch grundsätzlich mit dem Wahlprogramm der Bodenreformer überein und können deshalb den Mitgliedern des Bundes deutscher Bodenreformer, wenn sie eine wirksame Vertretung ihrer Forderungen erstreben, nur empfehlen, am 16. Oktober ihre Stimme der Unabhängigen Sozialdemokratie zu geben.

Keine Antwort — auch eine Antwort

In der Sonntagnummer der „Freiheit" hatten wir eine kleine bescheidene Anfrage an die Deutschnationale Volkspartei gerichtet. Wir hatten um Antwort auf die Frage gebeten, ob der Herr Pfarrer Koch seine Eignung zur Nachprüfung der Geschäftsgebahrung des Lebensmittelverbandes der Tatsache verdanke, daß in seiner Kirchengemeinde gleichfalls eine Untersuchung über Unregelmäßigkeiten schwebt. Die Deutschnationale Volkspartei hat es vorgezogen, zu schweigen. Nun gut — keine Antwort ist auch eine Antwort!

Dagegen geht aus einem Bericht über eine deutschnationale Wählerversammlung, der in der „Deutschen Tageszeitung" vom Mittwochmorgen wiedergegeben wird, hervor, daß der Pfarrer Koch erklärt hat, es würde statt sachliche Widerlegung jetzt versucht, gegen den Urheber der deutschnationalen Anfragen persönliche Angriffe zu richten. Demgegenüber stellen wir fest, daß wir lediglich eine bescheidene Anfrage an die Deutschnationale Volkspartei gestellt und nicht einen Angriff erhoben haben. Das Schweigen der Deutschnationalen ist das Eingeständnis, daß die von uns in der Anfrage wiedergegebene Mitteilung eine auch den Deutschnationalen bekannte Tatsache ist. **Herr Pfarrer Koch ist also Gegenstand eines Untersuchungsverfahrens über Unregelmäßigkeiten in seiner Kirchengemeinde.**

Uebrigens steht es gerade den Deutschnationalen sehr schlecht an, über persönliche Angriffe zu klagen. Es ist an den Personen, die von den sozialistischen Parteien in den Magistrat gewählt worden sind, nichts — angefangen bei dem Gesicht, das nicht zu der Amtsseite paßt, bis zu der persönlichen Ehrenhaftigkeit in der Verwaltung des Dezernats —, das nicht Gegenstand denkbar persönlicher und herabsetzender Angriffe der Deutschnationalen wäre. Wir müssen immer wieder unsere Aufforderung wiederholen: schon aus Reinlichkeitsgründen darf kein Wähler am 16. Oktober seine Stimme den Deutschnationalen geben.

Ein unmöglicher Zustand

Im allgemeinen ist die Ansicht verbreitet, daß in Häusern mit Heizung und Warmwasserversorgung vorwiegend reiche Leute wohnen, die ihrem Bequemlichkeits- und Luxusbedürfnis durch eine solche „Kulturwohnung" Rechnung tragen. Dem ist aber nicht so. Es gibt im Westen und in den westlichen Vororten, wie auch bereits in anderen Stadtteilen zahlreiche Häuser mit Kleinwohnungen für Arbeiter, Angestellte, Beamte oder sonst dem kleinen Mittelstand angehörende Personen, die im Frieden die etwas höhere Miete einer solchen komfortablen Wohnung auf sich nahmen, und zwar sind es wiederum in erster Reihe auch die neben ihrem Beruf die Hausarbeit verrichtenden Frauen, die ihre doppelte Betätigung zwang, die Gelegenheit der Erleichterung aller Hausarbeit sich nutzbar zu machen.

Diese Mieterkategorien leisten nun jetzt einen großen, und werden in der Folge einen noch größeren Aufwand an Heizungskosten leisten müssen, der meistens in gar keinem Verhältnis zum wirklichen Verbrauch steht. In der Regel befinden sich in einem Hause große (6 oder 7 Zimmer) Wohnungen neben kleineren (2 oder 3 Zimmer) in den Gartenhäusern. Es zeigt sich nun, daß in den jetzt eintretenden kühlen Tagen über die Inbetriebsetzung der Heizung Meinungsverschiedenheiten entstehen. Der eine Mieter möchte sofort geheizt haben, der andere — um möglichst wenig Heizungskosten zu verursachen — will noch warten. Und fast immer stellt sich die Sache so, daß die Vordermieter, deren Frauen etwa mit einer Handarbeit sich still hinsetzen können, mehr die Kälte empfinden, als die Mieter oder Mieterinnen der kleinen Wohnungen, die entweder beruflich den ganzen Tag über von Hause abwesend sind oder in ihrer Wirtschaft arbeiten müssen und daher die kühle Temperatur weniger empfinden. Auf diese Weise sind nun die Minderbemittelten gezwungen, Geld für Heizung auszugeben, um derjenigen Willen, für die diese Ausgabe keine Rolle spielt. Dazu kommt noch, daß sehr oft die Gartenhäuser niedriger gebaut sind, also die Wohnungen lange nicht so hohe Räume haben, wie die im Vorderhause. Woraus folgt, daß die kleinen Mieter die Kosten für die Heizung der großen hohen Räume mit bezahlen müssen, da das Gesetz nur eine Berechnung nach Quadratmetern, nicht nach Kubikmetern vorsieht.

Die kleinen Mieter kommen bei der Sammelheizung sehr schlecht weg. Schon im vorigen Jahre kostete beispielsweise in einem größeren Hause mit 50 Mietern die Heizung — gerechnet auf 8 Monate — ungefähr 140 M. im Monat, wobei die Wohnung noch so kalt war, daß man sich nur mit Mantel oder Tüchern darin bewegen konnte. Wie es in diesem Jahr werden soll, kann man sich kaum vorstellen, da die Kokspreise im Steigen sind. Weiter ist der Koks jetzt freigegeben, was die Mieter eines Hauses, das sich wegen unzureichender Kesselanlage oder auch schlecht aufgestellter Heizkörper nicht leicht erwärmen läßt, dazu verleiten wird, große Mengen Koks einzukaufen — ohne Rücksicht auf die kleinen Mieter, die das einfach nicht können, und die, da es keine anderen Wohnungen gibt, auch nicht ausziehen können, um Räume zu mieten, die sie selbst — ohne den durch Sammelheizung veranlaßten übertriebenen Aufwand — beheizen können.

Aehnlich liegen die Dinge auf dem Gebiet der Warmwasserbereitung. Auch hier stehen die Vorteile für den minderbemittelten Mieter in gar keinem Verhältnis zu den enormen Kosten. Die jetzt geltende Regelung ist viel zu schematisch und läuft in Wirklichkeit auf eine übermäßige Belastung der schwachen Schultern zugunsten der stärkeren hinaus.

Die von der gegenwärtigen schematischen Regelung betroffenen Mieter haben am 16. Oktober Gelegenheit, durch die Abgabe ihrer Stimmen für die Liste der U. S. P. D. für eine fortschrittliche Aenderung aller derartigen Bestimmungen einzutreten.

Der Streik im Gastwirtsgewerbe

Uebergriffe von Polizeiorganen

Die Streiklage ist nach wie vor überaus günstig, so daß mit einem vollen Erfolg der Arbeitnehmer zu rechnen ist.

Entgegen den gemachten Zusicherungen kommen jedoch fortgesetzt Uebergriffe von Polizeiorganen gegen Streikende und Begünstigungen von Streikbrechern vor, gegen die nicht scharf genug protestiert werden kann. Hierzu schreibt uns das Arbeitnehmerkartell des Gastwirtsgewerbes:

Am Montag, nachmittags 5 Uhr, forderte der Wachtmeister Schmaz von der 4. Hundertschaft der Pol. Abtlg. „Linden" vor dem Café Bonn eine Streikende auf, weiterzugehen und stieß sie dabei fortwährend ins Gesäß. Als das Mädchen sich das nicht gefallen ließ, rief Schmaz den Untermachtmeister Waterstadt von derselben Hundertschaft zu Hilfe, worauf beide das Mädchen abführten. Zeugen des Vorfalls sind dem Polizeipräsidium namhaft gemacht worden.

Im Café Schön, Unter den Linden 45, halten sich ständig zwei Schupobeamte auf, einer steht gewöhnlich in der Fernsprechzelle. Speise und Trank erhalten sie soviel sie wollen.

Im Café Bauer sind ständig vier Schupobeamte stationiert, einer davon hält das Telephon in der Theaterkasse besetzt.

Im Hotel Töpfer, Dorotheenstraße 66, liegen ebenfalls dauernd zwei Schupobeamte. Ein dritter steht ständig vor der Tür. Er wird viertelstündlich abgelöst und animiert das Publikum zum Eintritt. Dafür wird er natürlich gut verpflegt.

Wann wird der Herr Polizeipräsident diesem Unfug ein Ende machen? Wann wird er die Schupotruppe, die angeblich dem Schutze der Ententemissionen dienen, in die Hotels zurückziehen, statt sie vor den Türen stehen zu lassen, wo sie nur das Verhalten der Streikbrecher begünstigen und die übrige Arbeiterschaft aufreizen?

Dieses Verhalten des Polizeipräsidenten ist um so schärfer zu verurteilen, als Hand in Hand damit fortgesetzt Maßregelungen von Streikenden erfolgen, auf die ein förmliches Schnellfeuer von Strafmandaten niedergeht. Es ist die selbstverständliche Pflicht der Polizei, strikte Neutralität zu üben.

Großfeuer in Reinickendorf

Todessturz eines Feuerwehrmanns

Gestern brach in Reinickendorf im Hause Auguste-Viktoria-Allee, Ecke Berliner Straße, ein Brand aus, der den gesamten Dachstuhl des Hinterhauses und die Räume des vierten Stockwerkes einäscherte. Die Entstehung des Feuers ist unbekannt. Bei dem Rettungswerk brach plötzlich die mechanische Leiter, wobei der Feuerwehrmann Warenberg abstürzte und den Tod fand.

Sofort nach Ausbruch des Feuers erschienen die Freiwilligen Feuerwehren Reinickendorf-Ost und -West an der Brandstätte. Zu ihrer Unterstützung eilten die Feuerwehren der Borsig-Werke, Wittenau, Weidmannslust und Tegel herbei. Inzwischen hatte das Feuer jedoch bereits auf das vierte Stockwerk übergegriffen. Da die Wehren des Feuers nicht Herr werden konnten, wurde telegraphisch noch ein Zug der Berliner Feuerwehr herbeigeholt. Trotz vereinter Anstrengungen gelang es aber nicht, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Auch das dritte Stockwerk wurde beschädigt, während das darunterliegende durch Wasser schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Als man auf einer mechanischen Leiter den vom Feuer abgeschnittenen Bewohnern des vierten Stocks Hilfe bringen wollte, brach diese, höchstwahrscheinlich an einer schadhaften Stelle, durch. Der in der Höhe des vierten Stockes beschäftigte Feuerwehrmann Warenberg aus Reinickendorf, Friedrich-Karl-Straße 7, stürzte ab und erlag später im Reinickendorfer Krankenhaus seinen Verletzungen. Die Schuldfrage wird erst durch die eingeleitete Untersuchung geklärt werden.

*

Reinickendorf besitzt noch immer eine freiwillige Feuerwehr, deren Leistungsfähigkeit, wie dieser Fall erneut beweist, den an eine großstädtische Feuerschutzorganisation zu stellenden Anforderungen nicht genügt. Schuld hieran trägt jedoch nicht die Stadtverwaltung, sondern **das Bürgertum,** das die **einheitliche Zusammenfassung des Groß-Berliner Feuerlöschwesens fortgesetzt sabotiert.** Bekanntlich hat die Stadtgemeinde Berlin erst seit ganz kurzer Zeit überhaupt einen Einfluß darauf gewonnen, denn die Organisation der Feuerwehr war früher ausschließlich Sache des Polizeipräsidiums. Die Stadt durfte zwar die Kosten tragen, mußte aber im übrigen den Mund halten. Die Unzulänglichkeit, die das Feuerlöschwesen nicht nur in Reinickendorf, sondern auch in vielen anderen Teilen von Groß-Berlin aufweist, ist somit auf das Konto des alten Regimes zu buchen. Die geringen Verbesserungen, die inzwischen immerhin erzielt werden konnten, mußten mühsam gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien erkämpft werden. **Nur wenn die Wahlen am Sonntag eine klare Mehrheit des Sozialismus ergeben,** ist die Hoffnung berechtigt, daß eine Besserung der Dinge auf diesem wichtigen Gebiet, wie auf allen anderen Gebieten des städtischen Lebens, eintritt!

Jugendpflege-Woche in Neukölln

In Erkenntnis der Tatsache, daß gerade in gegenwärtiger Zeit auf die geistige und körperliche Heranbildung unserer Jugend der allergrößte Wert gelegt werden muß, soll die gesamte Oeffentlichkeit zum erstenmal durch eine „Jugendpflegewoche" mit allen Einrichtungen bekannt gemacht werden, welche obengenanntem Zwecke dienen.

Die bevorstehende Verabschiedung des Reichsjugendwohlfahrts-Gesetzes dürfte ebenfalls dazu beitragen, das Interesse für diese Veranstaltung des Bezirksjugendamts Neukölln wachzurufen.

Die im größten Stile vorbereitete Veranstaltung, welche vom 12. bis 19. Dezember 1921 in Berlin, „Neue Welt", Hasenheide, stattfindet, gliedert sich in zwei Teile. Einerseits sind erste Fachautoritäten für populäre Vorträge gewonnen worden, welche, teilweise in Verbindung mit bildlichen Darstellungen resp. experimentellen Vorführungen, über die verschiedenen Arten der Jugendpflege Aufklärung erteilen; hierdurch soll die breite Masse des Publikums zu größerer Mitarbeit an den so ungemein wichtigen Fragen unserer Jugendpflege angeregt werden. Eine Ergänzung hierzu bildet der zweite Teil der Veranstaltung, die Ausstellung der „Jugendpflegewoche", welche praktisch anschaulich das vorführt, was in vorbildlicher Weise zur geistigen und körperlichen Entwicklung der Jugend geeignet ist. Neben den verschiedenartigen Einrichtungen des Unterrichtswesens wird die einschlägige Literatur und bildliche Darstellung vertreten sein, weiterhin Spiel-, Sport- und Wandergeräte.

Um das Interesse der breitesten Oeffentlichkeit zu wecken, erstreckt sich die Besuchswerbung innerhalb Deutschlands auf alle amtlichen und privaten Stellen, welche sich der Aufgabe der

Morgen, Donnerstag abend, Flugblattverbreitung in Groß-Berlin

Jugendpflege widmen. Außerdem hat natürlich jedermann Zutritt, welcher der Sache Verständnis entgegenbringt. Auskunft in allen Angelegenheiten erteilt das Bezirksjugendamt in Berlin-Neukölln, Rathaus, Zimmer 278.

Die Berliner Gefahrpunkte

Die Berliner Unfallstatistik gibt interessante Einblicke in die Gefahren der Stadt Berlin. Als die größten Gefahrpunkte, die die meisten Unfälle zu verzeichnen haben, gelten der Potsdamer Platz, der Kemperplatz, der Platz am Brandenburger Tor, die Ecke Lenné-Budapester Straße, die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, die Königstraße am Rathhaus, Ecke Kurfürstendamm und Joachimstaler Straße, Spittelmarkt, Alexanderplatz, Hallesches Tor. Verhältnismäßig wenig Unfälle weisen die Linden und die Ecke Friedrich- und Leipziger Straße auf. Die meisten Unfälle werden durch Autos und Straßenbahnen verursacht, Todesfälle sind jedoch verhältnismäßig selten. Bei Straßenbahnunfällen ist meist Abspringen während der Fahrt die Ursache des Unfalls. Die Unfälle durch Ueberfahren gehen meist auf das Konto der Autos, deren Zahl sich in Berlin gegen 1914 beinahe verdoppelt hat. Die Ursache der meisten Unfälle ist zu schnelles Fahren und das Nehmen der Straßenecken in voller Fahrt.

Die Friedrichstraße wird demnächst endlich wieder, nach fast zehnjähriger Verkehrssperre, für den gesamten Verkehr freigegeben werden. Der Bau des Bahnhofes für die Nordsüdbahn an der Türkenstraße auf dem Wedding hat schon begonnen und wird in einigen Monaten unter Dach und Fach sein. In der Belle-Alliance-Straße, zwischen der Teltower und der Gneisenaustraße, wird jetzt, nachdem die Vorbereitungen für den Weiterbau der Nordsüdbahn, die Verlegung von Wasser-, Gas- und Kanalisationsrohren beendet ist, in offener Baugrube mit dem Ausschachten des Bodens für die Herstellung des Untergrundbahntunnels begonnen.

Das Staats-Theater in Neukölln. Die am 14. Oktober d. J. in der „Neuen Welt" stattfindende Theateraufführung „Stroh" und „Fliege" beginnt um ½8 Uhr (nicht um 7 Uhr). Karten sind in den durch Säulenanschlag bekanntgegebenen Verkaufsstellen erhältlich.

Fleischverkauf Reinickendorf. In den amtlichen Fleischverkaufsstellen Reinickendorf, Residenzstraße 131 und Kögelstraße 3, Tegel, Bahnhofstraße 6/7 und Schöneberger Straße 63, gelangt in dieser Woche billiges Schweinefleisch zu nachstehenden Preisen zum Verkauf: Rückenfett und Liesen 18,— M. das Pfund, Kotelett, Kamm und Bauch 17,50 M. das Pfund, Schuft, Schinken, Blatt 16,50 M. das Pfund, Kopf und Beine 8,— M. das Pfund.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Donnerstag. Mild und zeitweise heiter, jedoch überwiegend neblig und wolkig, bei meist schwachen veränderlichen Winden. Keine wesentliche Niederschläge.

Gewerkschaftliches

Tarifunfähig

Einem gelben Verband amtlich bescheinigt

Im Jahre 1905 sahen sich die Herren Bäckermeister veranlaßt, eine gelbe Rausreißergemeinschaft sich zuzulegen, die den tönenden Namen „Bund der Bäckergesellen Deutschlands" erhielt. Nach dem Kriege versuchte nun der Germaniaverband Deutscher Bäcker-Innungen, daß seine Schützlinge als gleichberechtigte — „Gewerkschaft" anerkannt und in die Reichsarbeitsgemeinschaft wie auch in die Arbeitsgemeinschaft für das Bäckergewerbe aufgenommen werden. Um diesem frommen Wunsche Nachdruck zu verleihen, machte der Germaniaverband seine Zugehörigkeit zur Arbeitsgemeinschaft von der Aufnahme der Gelben abhängig.

Um dies Verlangen zu begründen und um zu beweisen, daß es sich um eine „richtige" Gewerkschaft handelt, wurde ein Statut eingereicht, in welchem das Wort „Streik" vorkommt, außerdem wurde ein angeblich in Werdau getätigter Tarif vorgelegt.

Diese Gelben und ihre Hintermänner konnten sich mit ihren Anträgen auf die Spruchpraxis des ehemaligen famosen rechtssozialistischen Arbeitsministers Schlicke stützen, der solche von den Unternehmern ausgehaltene Gebilde als Gewerkschaften gelten ließ.

Der Antrag selbst wurde aber vom Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft abgelehnt. Der nochmals gestellte Antrag seitens des gelben Bundes um Anerkennung als Gewerkschaft im Sinne der Tariffähigkeit beschäftigte nun den Sozialpolitischen Ausschuß, der am 22. September 1921 unter Vorsitz von Paul Umbreit folgenden Beschluß faßte:

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beantwortet das Schreiben des Reichsarbeitsministers dahingehend, daß er den Bund der Bäcker- (Konditoren-) Gesellen Deutschlands als eine tariffähige wirtschaftliche Vereinigung der Arbeitnehmer des Bäckergewerbes nicht anerkennen kann, da der Bund sowohl nach seiner Entstehung als auch nach seinem Verhalten sich als eine von den Arbeitgebern **abhängige Organisation** erweist und auch der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands nach seinem Beschluß vom 30. Juli 1921 diesen Bund als eine wirtschaftsfriedliche (gelbe) Organisation bewertet, die nach Ziffer 3 der Vereinbarung vom 15. November 1918 weder einer Spitzenorganisation der Gewerkschaften noch einer Reichsarbeitsgemeinschaft angehören kann.

Damit dürfte sich nun dieser Bund und auch sein Protektor zufriedengeben müssen. Hier ist amtlich bescheinigt worden, daß dieser wirtschaftsfriedliche Bund eine **ausgesprochene gelbe** Organisation ist, die wohl Verträge abschließen kann, die aber niemals als verbindlich erklärt werden und Rechtsgültigkeit besitzen könne. Durch diesen wichtigen Bescheid ist auch die verflossene Amtstätigkeit von Schlicke desavuiert worden, und zwar — ein Witz der Welt- und sozialdemokratischen Parteigeschichte — von einer amtlichen Stelle, die unter dem Vorsitz eines Parteiangehörigen von Schlicke stand. — Diese Tatsache und dieser Entscheid sind wohl zu beachten, schon deshalb, um die Nutzanwendung zu gegebener Zeit und an gegebenem Ort zu ziehen.

Lohnbewegung der kaufmännischen und technischen Angestellten im Hochbaugewerbe

Kurz vor der neuen Teuerungswelle, die mit Anfang Juli einsetzte, hatten die kaufmännischen und technischen Angestellten im Baugewerbe die Gehaltssätze ihres Bezirkstarifes um 6 Prozent erhöht auf Grund der Lebenshaltung im Juni d. J. Diese Gehälter, die zwischen 689 bis 1908 Mark schwanken, entsprechen nicht den Preisen, die heute für die notwendigen Lebensunterhaltungsmittel gezahlt werden müssen. Die unter dem 19. September dem Verband der Baugeschäfte übermittelten neuen Forderungen, die sich zwischen 1200 und 3350 Mark bewegen, erreichen im Durchschnitt kaum das Zehnfache des Friedensgehaltes und müssen deshalb als wahrhaft unzureichend bezeichnet werden. Trotzdem haben die Arbeitgeber in einer Verhandlung, die in der vergangenen Woche stattfand, es nicht fertig gebracht, zahlenmäßig zu den Forderungen der Angestellten Stellung zu nehmen, so daß das Tarifamt als Schlichtungsausschuß angerufen werden mußte. Dieses soll am Freitag, den 14. Oktober, tagen, und im Anschluß daran haben die Angestellten zu abends 8 Uhr eine Versammlung nach den Germania-Prachtsälen einberufen. Der Versammlung soll der Schiedsspruch unterbreitet und über Annahme oder Ablehnung abgestimmt werden. Bei der heut vorhandenen starken Beschäftigung im Baugewerbe steht zu erwarten, daß es zu Konflikten kommt, wenn der Schiedsspruch nicht einigermaßen den Forderungen der Angestellten gerecht wird. Seit Jahren haben die kaufmännischen und technischen Angestellten infolge der mangelnden Bautätigkeit ihre Wünsche auf eine gerechte Entlohnung zurückgestellt in der Erwartung, daß bei kommender Konjunktur auch ihre gerechten Ansprüche befriedigt werden.

Reichsbetriebsrätekongreß für den Bergbau

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands beruft auf den 6. und 7. November d. J. den Ersten Reichsbetriebsrätekongreß für den Bergbau nach Magdeburg ein.

Krankenkassenangestellte. Am 7. Oktober 1921 tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung der im Zentralverband der Angestellten organisierten Beschäftigten der Berliner Krankenkassen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, galt es doch, erneut Protest einzulegen gegen die von Oberpräsident und Oberversicherungsamt beabsichtigte Unterstellung unter die Besoldungsordnung. Nach einem Bericht des Kollegen Schmolinsky über die bisher geführten Verhandlungen kam es zu einer Aussprache, in welcher das lebhafte Bedauern darüber zum Ausdruck gelangte, daß nach fast dreivierteljährigen Bemühungen immer noch kein endgültiges Resultat erzielt ist. Besonderen Unwillen erregte die vom Oberversicherungsamt beliebte Auseinanderreißung der bisherigen Tarifgruppen, namentlich die Einreihung der im Außendienst beschäftigten Krankenbesucher. Nachdem auch der Hauptvorstand durch den Mund des Kollegen Giebel seinen Standpunkt dahin festlegte, daß die Berliner Kollegenschaft unter keinen Umständen sich eine schematische Uebertragung der Gehaltssätze der Besoldungsordnung gefallen lassen dürfe, daß sie vielmehr darauf Wert legen müsse, das Selbstbestimmungsrecht zu behalten, und daß sie in ihrem Kampfe Unterstützung erwarten dürfe, gelangte eine Entschließung zur einstimmigen Annahme, in der u. a. verlangt wird, daß die Verhandlungen bis Donnerstag, den 13. Oktober 1921, aufgenommen sein müssen.

Sollten diese Verhandlungen nicht zu einem Ergebnis führen, so ist sofort der Schlichtungsausschuß anzurufen. Die Versammelten sind gewillt, ihre Rechte mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu verteidigen.

Neue Lohnzulagen in der Mäntel-Konfektion. Der Bekleidungsarbeiter-Verband steht in einer Lohnbewegung mit den Fabrikanten auf Gewährung einer Teuerungszulage. Die am Montag stattgefundene Branchenversammlung für die Damenkonfektion nahm in einer Resolution zur Kenntnis, „daß die Arbeitgeber das moralische Recht zur Forderung einer Teuerungszulage anerkennen, aber die Konsequenzen aus der nicht zu bestreitenden großen Teuerung nicht ziehen wollen. Die Versammelten sind der Auffassung, daß die Geschäfte, welche die Fabrikanten jetzt infolge des niedrigen Wertes unserer Mark abschließen, geradezu wahnsinnige Ueberschüsse bringen müssen. Sie betrachten das ungenügende Entgegenkommen der Fabrikanten auf unsere Forderung, eine 40prozentige Teuerungszulage zu bewilligen, geradezu als unerhört. Die Versammelten betrachten die Gewährung einer 30prozentigen Teuerungszulage auf die jetzigen Löhne als die mindest annehmbare Summe und erwarten, daß die Generalversammlung der Fabrikanten diesem Vorschlage zustimmt."

Wenn die Fabrikanten dem Antrage ihres Vorstandes zustimmen, betragen die Zulagen: für Männer pro Woche 61 Mark, für Frauen pro Woche 51 Mark bis herunter zu 27 Mark. Dieselben würden das erstemal für die Woche vom 10.—15. Okt. d. J. zur Auszahlung gelangen.

Parteiveranstaltungen

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde". Am Sonntag, den 16. Oktober, findet wegen der Stadtverordnetenwahl in Groß-Berlin keine Wanderungen statt.

Mittwoch, 12. Oktober

20. Distrikt. 3. Abteilung. Abends 7 Uhr gemeinschaftlicher Zahlabend bei Freudiger, Pücklerstr. 30. Erscheinen dringend notwendig.

18. **Distrikt (Kreuzberg). 1. Abteilung.** Der Zahlabend findet nicht Donnerstag, sondern heute in der Aula, Wassertorstr. 31, statt.

17. **Distrikt.** Pünktlich 6½ Uhr wichtige kurze Sitzung der Distriktsleitung bei Dreise, Schreinerstr. 18. Alle Abteilungen müssen eventuell durch Stellvertreter vertreten sein.

Neukölln. 3. Bezirk. Abends 7 Uhr Bezirksversammlung, Pannierstr. 59. — **5. Bezirk.** Ideal-Kasino, Weichselstr. 8. — **7. Bezirk.** Kaßuhn, Ertelstr. 8. — Die anderen Bezirke in den bekannten Lokalen.

9. Bezirk (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Die Klebekolonnen aller Bezirke müssen sich für Mittwoch nach Beendigung des Zahlabends bereit halten.

Donnerstag, 13. Oktober

5. Verwaltungsbezirk. 15. Distrikt. Sämtliche Genossinnen der Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission müssen nachm. zwischen 4—6 Uhr bei der Genossin Franke, Gr. Frankfurter Str. 34, Material abholen. Besprechung daselbst.

9. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Um 3½ Uhr findet die Beisetzung des verstorbenen Genossen Reichert von der Leichenhalle des Schmargendorfer Friedhofs aus statt. Zwecks gemeinsamer Teilnahme treffen sich die Genossen um 3¼ Uhr im Wilden Eber, Schmargendorf, Warnemünder Straße.

Steglitz. Alle Genossinnen und Genossen holen die Flugblätter um 8 Uhr aus ihren Bezirkslokalen ab.

Neukölln. Die Beisetzung der Asche unseres verstorbenen Gen. Tesf findet um 4 Uhr auf dem alten Gemeindefriedhof, Rudower Straße, statt.

Vereinskalender

Donnerstag, 13. Oktober

Zentralverband der Angestellten. Organisationen. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18. — Textil-Bekleidung. Abends 7 Uhr Fachgruppenversammlung in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. — Leder. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97.

Freitag, 14. Oktober

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlungen: Norden 3, Rest. Zum Hagenbeck, Müller-, Ecke Seestraße, 7½ Uhr; Reinickendorf, Rest. Schulz, Wittenau, am Bahnhof, abends 7½ Uhr; Siemensstadt, Schloßklause, Nonnendammallee, abends 7½ Uhr; Tegel, Rest. Hamusch, Tegel, Hauptstraße 6, abends 7½ Uhr. — Versammlung des Berufsausschusses der Laboratoriumstechniker im blauen Saal des Nordischen Hofes, Invalidenstraße 136, abends 7 Uhr. — Bautechnikerversammlung im weißen Saal der Germania-Prachtsäle, Chausseestraße 110, abends 8 Uhr.

Deutscher Monistenbund. In einer öffentlichen Versammlung des Deutschen Monistenbundes spricht abends 7 Uhr Dr. Max Deri in der Stadthalle Berlin, Klosterstraße, über das Thema: „Glaube, Aberglaube, Wissen".

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebichöy, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Rudner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714

Am Donnerstag, den 13. Oktober, nachmittags 5½ Uhr, im Bürgerheim, Alte Schönhauser Str. 23/24

Sitzung
der Zigaretten-Industrierats-Delegierten u. Betriebsratsmitglieder

Um 7 Uhr tagt in demselben Lokal die Branchenkommission der Maschinenführer und Betriebshandwerker.

Die Ortsverwaltung

Soeben erschienen!

Rosa Luxemburg
Karl Liebknecht
Leo Jogiches

Ihre Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie

Eine Skizze von Karl Kautsky

Preis 2.00 Mark

Buchhandlg. „Freiheit", Berlin C 2
Breite Str. 8-9

NOTGELDSCHEINE
Preisliste kostenlos. Hall, Münzenhandlg., Berlin W 8, Wilhelmstr. 48.

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages. — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellengesuche: Ueberschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe

Pelzwarenwegner, Potsdamer Str. 43. Spottbilliger Pelzverkauf mehrerer hundert neuer echter Pelzwaren, keine Versatzwaren, echte Fuchskragen, Fuchsmuffen 95.00 an, Kreuzfüchse, Blaufüchse, Seefüchse, Zobelfüchse, Silberschakale 195.00 an, gefärbte echte Weißfüchse, Wolfskragen 495.00 an. Prachtvolle Silbermölle, Silberfüchse, Zobelfüchse, Kreuzfüchse, Rotfüchse, Skunkskragen, Skunksmuffen, Nerzgarnituren, Iltisgarnituren fabelhaft billig. Damenpelzkragen, Damenpelzmuffen 48.00 an, Backfischgarnitur. 75.00 an, Kindergarnituren 45.00 an. Gelegenheiten vieler anderer Waren. Verkaufsstunden neun bis eins, drei bis sechs.

Gardinen. Habe keinen Laden und sonstige Geschäftsunkosten, daher bedeutend billiger wie überall. Einige Beispiele: Künstlergardinen, dreiteilig, jedem Geschmack entsprechend, weiß, creme, bunt; Garnitur 58.—, 75.—, 90.—, 110.—, 125.— bis 280.—. Moderne Stores 46.—, 60.—, 75.— bis 300.—. Bettdecken 35.—, 58.—, 75.— bis 400.—. Gardinenstoffe, Schalgardinen, Madrasgardinen, Leinenportieren, Zuggardinen, Tischdecken, Diwandecken, Wandbehänge usw. weit unterm Ladenpreis. Wiesner, Wickerstraße 73, 1 Treppe (kein Laden), am Ringbahnhof Schönhauser Allee, Hochbahnhof an Nordring. Gutschein über 5% Rabatt und Fahrtvergütung.

Tapeten, Wachstuche, Dauerwäsche verkauft Czillat, Kolonienstraße 9.

Näherweiblich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weiblich, Brunnenstraße 96 (Humboldt 874).

Winterulster (Muster) billig verkäuflich. Schenk, Köpenicker Str. 127.

Bettwäsche billig! Nur diese Woche wirklich billiger Verkauf! Deckbett 50.—, Kissen 15.—, Laken 28.—, Inletts 100.—, Wäschestoffe. Handtücher Engrospreise. Aussteuer Sonderrabatt. Reelle Bedienung. Nur Wäschefabrik Gräfestraße neununddreißig (Hasenheide). Aeltestes Spezialgeschäft. Geöffnet 9—7. Fahrtvergütung.

Restehaus Pelz, Kottbuser Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe. Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert.

SpottbilligPelzwaren. Naturfüchse, Kreuzfüchse, Alaskafüchse jetzt 68.—, 98.—, 115.— usw., Silberfüchse, Zobel, Weißfüchse, Skunkse, Opossum und alle anderen Pelzarten ganz enorm im Preise herabgesetzt. Damenpelzmäntel, Damenpelzhüte, Pelzbesätze, Herrenkragen 69.— Mark. Alles nur Gelegenheitskauf Spezial-Pelzwaren-Haus Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 113/114, nicht irren, nur 113/114. Zweites Haus von der Kantstraße. Ununterbrochen geöffnet von 8 bis 7.

Auf Teilzahlung Herrenanzüge, Cutaways, Schal, Ulster, Schlüpfer, Maßarbeit, moderne Sachen, bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Rollendorfstr. 22 a, 2. Etage, nahe Nollendorfplatz.

Gardinen, bedeutend unterm Ladenpreis. Gardinenstoffe, ca. 70 breit, 6.00, 8.00, 11.50 usw., doppeltbreit 14.50, 17.00, 20.00 bis 32.00. Künstlergardinen, dreiteilig, 68.00, 85.00, 110.00 usw., Madrasgardinen 115.00, 145.00, 175.00, Stores 65.00, 95.00, 115.00 usw. Bettdecken 68.00, 95.00, 135.00 usw. Rouleaux, Tischdecken, Diwandecken, Wandbehänge sehr preiswert. Herzigs Gardinen-Spezialgeschäfte, Neue Königstraße 91, 1. Etage. Skalitzerstr. 114.

Lauten, Guitarren, neue, gebrauchte billigst. Reparaturen. Schwedter Straße 264, „Lyra".

Kreuzfüchse, Silberfüchse, Alaskafüchse. Spottbilliger Verkauf. Gelegenheitskäufe von Herrengarderobe. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2, Hallesches Tor.

Silberfüchse 300.—, Kreuzfüchse 370, Wölfe 400, Weißfüchse, Zobel-, Alaskafüchse, Skunks, Marder enorm billig. Pelzmäntel 1500, Sportpelze 700, Gehpelze. Ferner Herrenanzüge, Ulster, Cutaways, Kostüme, Mäntel, Teppiche, Gardinen, Wäsche verkauft Leihhaus, Moritzplatz 58a. Keine Lombardware.

Billige Bettwäsche! Bettbezug 50.—, Kissen 15.—, Laken 28.—, Inletts, federdicht, 66.—. Sechs enorm billige Eröffnungstage. Wäschestoff 10.—, Handtücher 10.-, Tischtücher 42.-, Bettlakenstoffe staunend billig. Riesige Auswahl. Streng reelles Angebot. Berliner Bettwäschefabrik, Chausseestr. 96 (Haltestelle Liesenstr.). Größte Spezialfabrik mit Detailverkauf. Geöffnet bis 7.

Maskengarderobe, Posten verkauft Koch, Romanes, Brielerstr. 73.

Möbel

Teilzahlung, bequemste An- und Abzahlung. Spezialität Stube und Küche, einzelne Möbel. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Görisch, Stralauer Platz 1-2, Ecke Fruchtstr. (Schles. Bahnh.)

Möbelspeicher „Gesundbrunnen", Badstr. 51. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern, Spezialität Stubeneinrichtung., neu und gebrauchte, Küchen prima Emaillelack, gebrauchte 275. Auch außerhalb.

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise bei kleinster An- und Abzahlung, verkauft Möbel-Lohn, Große Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz), im Norden: Badstraße 47-48.

Chaiselongues 100.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderbettstellen, Meicke, Auguststraße 32a, Dugb.

Möbelkredit, bequemste An- und Abzahlung, große Auswahl, komplette Zimmer, einzelne Möbel, moderne Küchen. Rath, Elsasser Straße 44, 1, Oranienburger Tor.

Rehfeld, Badstraße 34. Moderne Küchen, 1a Lackfarbe herrliche Bergleitung 465.—. Schlafzimmer Eiche, weiß und Nußbaum (mit) 2950 Mark. Stube und Küche, 14 Teile, 2220 M. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Kaufgesuche

Kaufe Elektromaterial, Drähte, Glühlampen und Sockelring. Moll, Neue Bahnhofstraße 1.

Prismengläser, Photoapparate kauft Haller, Neue Königstraße 19 c.

Nähmaschinen kauft Beerwald, Charitéstr. 14.

Metallschmelze, Reanderstraße 36 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Metalle, Werkzeuge aller Art kauft höchstzahlend Dernikow, Am Nordhafen drei. (Moabit 5012.)

Schallplatten, Walzen, alte, kauft Metallkontor, W. John, Alte Jakobstraße 138, Hallesches Tor.

Glühlampen, Drähte, Uhren, sämtl. elekt. Material kauft höchstzahlend Installations-Geschäft, Elsasser Straße 32, Telephon Norden 8243.

Leim, Schellack, Malerartikel kauft Krüger, Elisabethstraße 17.

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenkeller, Linienstraße 199a (Rosenthaler Platz). Norden 5053.

Leim und Schellack jeden Posten, auch pfundweise sowie Säcke, neu und gebraucht, Zeitungs- und Papiergewebe, kauft G. Thau, Elsasser Str. 32, Möbelladen N 3847 und Wielefstr. 28, a. I (Mbt. 2982).

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufszentrale Jennstr. 82. Moabit 5934.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, Kugellager, Metalle kauft Kubnert, Reinickendorfer Straße 63.

Kugellager, Magnete, Vergaser, Zündkerzen kauft Pilz, Reinickendorfer Str. 93, Hof part. links.

Geld-Verkehr

Betriebskapital, Geld, darlehen, Ratenrückzahlung. Richter, Invalidenstr. 146, II.

Ansiedlungen

Fredersdorf
eingezäunte Parzellen 1500.- Anzahlung. Siedlungsverein, Steglitz, Treitschkestraße 15.

Mietgesuche

Gewerkschaftsbeamter sucht 2 Zimmer resp. 1 Zimmer, 2 Betten, möglichst mit Kochgelegenheit, Gesundbrunnen. Angebote „X 97" an die Hauptexpedition der „Freiheit".

Verschiedenes

Richter, ehemaliger, gewissenhaft. Rechtsbeistand. Lothringer Str. 47 (Rosenthaler Platz).

Saal, 750 Personen, noch einige Sonnabende und Sonntage unter günstigen Bedingungen zu vergeben. Hartmanns Brauerei, Reinickendorf, Scharnweberstraße 101. Tel. Rchdf. 406.

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Broschüren. Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe. Gut gebunden, 392 Seiten stark, nur 3.— Mark. Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

Wanderfreunde finden die schönsten Fahrten und Wanderungen in dem Buch von Paul John „Ueber See und Heide". Geschmackvoll gebund. 8.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Frauen lesen gern Romane. Verlangen Sie gegen Einsendung von 11.— Mark den „Weg zum Haß", Roman von Conrad Kocle von der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Kersten-Löwenstein, „Der Elternbeirat" 2,50 Mk.) Buchhandlung Freiheit", Breite Str. 8-9.

Inserate für die Abend-Freiheit müssen spätestens bis 9½ Uhr vormittags für den darauf folgenden Tag bis 4 Uhr nachmittags bei der Expedition, Berlin C 2, Breite Straße 8-9, eingeliefert sein.